



Brokdorf: Das Ding muss weg!

Die Atomkatastrophe in Fukushima 2011 ist uns allen noch in Erinnerung. Tschernobyl ist schon etwas länger her. Doch könnte so etwas auch bei uns passieren? Ja, denn mit Brokdorf ist ein Atomkraftwerk, nicht weit von Rendsburg, noch mindestens bis 2021 in Betrieb.

Die halbherzige Energiewende von Schwarz-Gelb hat zur Folge, dass vom Pannereaktor Brokdorf noch bis mindestens 2021 eine massive Bedrohung für Bevölkerung und Umwelt ausgeht. Die Atomkatastrophe von Fukushima hat gezeigt, dass nicht nur in rückständigen Ländern, wie der ehemaligen Sowjetunion, eine Atomkatastrophe eintreten kann, sondern auch in hoch entwickelten Industrieländern wie Deutschland. **Weiter Seite 2**

**Gemeinsames Lernen
bis zum Abitur überall!**
Seite 2

**Probleme mit der Gestal-
tungssatzung**
Seite 4

**Die Energiewende sozial
gestalten**
Seite 5

Der ÖPNV im Kreis
Seite 6

Aktuelles aus den Ortsverbänden

Fortsetzung von Seite 1

Eine kürzlich vom Bundesamt für Strahlenschutz veröffentlichte Studie zeigt auf, dass im Falle eines schweren Reaktorunfalls in einem Radius von bis zu 170 Kilometer um das Atomkraftwerk die Bevölkerung des betroffenen Gebietes dauerhaft evakuiert werden müsste. Auch der Kreis Rendsburg-Eckernförde liegt in diesem Radius.

Eine Aktionswoche soll aufklären

Um auf diese Bedrohung aufmerksam zu machen, hat das Bündnis »Brokdorf abschalten!«, an welchem DIE LINKE Schleswig-Holstein beteiligt ist, eine Aktionswoche vom 5. bis zum 11. November 2012 durchgeführt. DIE LINKE Rendsburg-Eckernförde beteiligte sich an diesen Aktionen und hatte am Samstag, den 10. November 2012 einen gut besuchten Info-Stand auf den Schiffbrückenplatz in Rendsburg veranstaltet, um

die Menschen über die Bedrohung durch das Atomkraftwerk Brokdorf aufzuklären.

Ist unser Kreis auf eine solche Katastrophe vorbereitet?

Bereits am 18. Oktober 2012 hat die Kreistagsfraktion der LINKEN in Rendsburg-Eckernförde eine Anfrage gestellt, in der nachgefragt wird, welche Notfallpläne der Kreis bei einem schweren Störfall in Brokdorf bereits ausgearbeitet hat. Die Antwort steht noch aus. Aber selbst wenn der Kreis – wovon nicht auszugehen ist – für diesen hoffentlich nie eintretenden Fall einigermaßen gut vorbereitet ist, wäre eine Kernschmelze in Brokdorf verheerend für Mensch und Umwelt. Weite Gebiete wären für Jahrhunderte unbewohnbar. DIE LINKE fordert daher, dass Brokdorf unverzüglich und nicht erst 2021 abgeschaltet wird.

Gemeinsames Lernen bis zum Abitur überall!

Im Koalitionsvertrag zwischen der SPD, den Grünen und dem SSW steht, dass die Regierung eine ehrliche Schulpolitik in Kooperation mit allen Beteiligten machen will. Gemeinsames Lernen soll oberstes Gebot werden. Aber wie sieht die Schulpolitik der drei Parteien wirklich aus?

Die Gemeinschaftsschule in Nortorf wird zum jetzigen Zeitpunkt von 607 Schülerinnen und Schülern in den Klassenstufen 5 bis 9 besucht. Nach langen Überlegungen hat sich die Schule dazu entschlossen, einen Antrag auf eine gymnasiale Oberstufe zu stellen. Schülerinnen und Schüler, die ihr Abitur an einer weiterführenden Schule machen möchten, müssen nach Neumünster, Rendsburg oder Kiel. Dies ist immer mit

weiten, meist umständlichen Schulwegen verbunden. Seit dem Zusammenschluss der Real- und der Hauptschule im Schuljahr 2008/2009 zur Gemeinschaftsschule gab es viele strukturelle Probleme zu lösen, aber heute ist die Schule gut etabliert. Mit 607 Schülerinnen und Schülern in den Klassen 5 bis 9 ist die Schule führend im Kreis unter den Gemeinschaftsschulen, die eine gymnasiale Oberstufe beantragt haben.

Eine Kooperation mit anderen Schulen, die bereits eine Oberstufe haben, ist aufgrund der Entfernung nicht möglich.

Keine Oberstufe für Nortorf?

Die Vertreter der SPD betonten in verschiedenen Sitzungen bereits mehrmals, dass die Stadt diese Pläne nicht ohne Weiteres unterstützen möchte. Immerhin sei es den Schülerinnen und Schülern durchaus zu zumuten, Wege von ca. 20 bis 40 Kilometer in Kauf zu nehmen. Auf die Wünsche der Eltern wurde kaum reagiert. Sicherlich war der Anpassungsprozess der Schule nicht ganz einfach und die Einführung einer gymnasialen Oberstufe wäre er-

neut mit einem größeren Arbeits- und Planungsaufwand verbunden. Aber DIE LINKE findet, dass einer Stadt mit über 6 000 Einwohnern eine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe sehr gut stehen würde und absolut notwendig ist.

Mit den Grünen nicht machbar

Auf Kreisebene bezweifeln Vertreter der Grünen, dass sich eine gymnasiale Oberstufe bei den Gemeinschaftsschulen in Fockbek und Büdelsdorf lohnt. Sie

argumentieren, dass die Nähe zu Rendsburg ausreichen würde, um Schülerinnen und Schüler auf weiterführende Schulen zu schicken. Die geografische Nähe zu Rendsburg ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, aber die Gemeinschaftsschule Büdelsdorf, die bereits mit dem Ausbau der Schule begonnen hat, würde sehr unter einer Ablehnung des Antrags leiden. Die Schule hat ihren Antrag schon vor langer Zeit gestellt und rechnet fest mit einer Zusage. Auch für Fockbek wäre es ein herber Rückschlag.



Die Gemeinschaftsschule in Nortorf

Was nun?

Im Kreis wartet man auf den Schulentwicklungsplan und möchte dem Land empfehlen, diesen Schulen keine Oberstufe zu gewähren. Dabei steht im Koalitionsvertrag: »Unser

Schwerpunkt wird die Stärkung des Gemeinsamen Lernens sein. Die Schulen, die sich auf diesen Weg gemacht haben, sollen unsere besondere Unterstützung erhalten.« Besondere Unterstützung sieht anders aus. DIE LINKE sagt: Gemeinsames Lernen muss überall möglich sein und jede Gemeinschaftsschule soll eine gymnasiale Oberstufe erhalten, damit weite Schulwege und hohe Beförderungskosten entfallen!

Aktuelles aus den Ortsverbänden

Die Rendsburger Gestaltungssatzung: Keine wesentlichen Veränderungen!

Die Gestaltungssatzung für die Rendsburger Innenstadt und deren kleinkarierte Auslegung sorgt bei vielen Geschäftsleuten und Bewohnern für Unmut und führte bereits zu mehren Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Die jüngste Überarbeitung der Satzung wird daran nichts ändern.

Die Gestaltungssatzung für die Rendsburger Innenstadt wurde kürzlich durch den Gestaltungsbeirat des Bauausschusses in nichtöffentlicher Sitzung überarbeitet. Anlass war der Unmut vieler Rendsburger Geschäftsleute und Bewohner über diese Satzung. In einem satirischen Beitrag in der Fernsehensendung des NDRs »Menschen und Schlagzeilen« wurde sich bereits

über die Gestaltungssatzung und deren kleinliche Auslegung lustig gemacht. In dieser Sendung erklärte Bauamtsleiter Frank Thomsen, die Bauverwaltung behandle alle Menschen gleich schlecht.

In wesentlichen Punkten unverändert

Nach der jüngsten Überarbeitung der Gestaltungssatzung wird vieles beim Alten bleiben. Für das Anbringen von Plakaten in Fenstern ist weiterhin eine gebührenpflichtige Baugenehmigung erforderlich. Die Auflage, dass ein Plakat nur maximal

20 Prozent der Fensterfläche verdecken darf, wird es Geschäftsinhabern mit kleinen Fenstern weiterhin unmöglich machen, dort Werbung zu betreiben. Lediglich wird es jetzt möglich sein, auch



Dieses Plakat kollidierte mit der Gestaltungssatzung

Werbung in Fenstern in der ersten Etage anzubringen. Gewerbetreibende werden durch diese bürokratische Gestaltungssatzung von einer Ansiedlung in der

Rendsburger Innenstadt abgeschreckt. Dem Ziel, die Innenstadt zu beleben, wird hiermit keinen Gefallen getan.

Transparenz statt Hinterzimmer

DIE LINKE fordert stattdessen, dass eine Überarbeitung der Gestaltungssatzung mit den Bewohnern und Geschäftsleuten in der Rendsburger Innenstadt gemeinsam zu erfolgen hat. Die Betroffenen müssen an der Ausgestaltung beteiligt werden, anstatt dass dieses in einer nichtöffentlichen

Sitzung eines Gestaltungsbeirates erarbeitet wird. Ein entsprechender Antrag der LINKEN in der Rendsburger

Ratsversammlung am 27. September 2012 wurde jedoch bedauerlicherweise mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Die Energiewende sozial gestalten

2013 wird die EEG-Umlage von 3,59 Cent auf 5,28 Cent je Kilowattstunde Strom angehoben. Die Rendsburger Stadtwerke wollen diese voll auf die Stromkunden umlegen. Besonders für Haushalte mit geringen Einkommen sind die steigenden Energiepreise eine starke Belastung.

Derzeit können viele Haushalte ihre Strom- oder Heizungsrechnung kaum noch oder gar nicht mehr bezahlen und müssen gegebenenfalls damit rechnen, dass ihnen der Strom von den Stadtwerken abgestellt wird oder sie im Winter frieren müssen. Betroffen sind vor allem Familien mit Kindern und geringen Einkommen. DIE LINKE fordert daher, dass ein Sozialtarif für einkommensschwache Haushalte angeboten wird, um diese zu entlasten. Stromsperrungen müs-



Auch die Rendsburger Stadtwerke erhöhen 2013 die Strompreise

verbotten werden. Ausreichende Energieversorgung ist ein Menschenrecht.

Energieeinsparung häufig nicht möglich

Die Grünen fordern eine Energieberatung für alle Haushalte durch die Stadtwerke anzubieten, damit die Menschen durch Energieeinsparung ihre Stromkosten senken können. Grundsätzlich ist es richtig, Energieverschwendung zu vermeiden, jedoch geht der Vorschlag an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbei. So kann sich ein Hartz-IV-Betroffener gar keine neuen energiesparenden Haushaltsgeräte leisten. Ebenso sind Menschen mit geringem Einkommen auf günstige Wohnungen angewiesen. Diese Wohnungen sind häufig schlecht isoliert, so dass die Heizkosten hoch

Aktuelles aus dem Kreisverband

sind. Ein Umzug in eine energieeffizientere Wohnung können sich diese Menschen schlichtweg nicht leisten

Energieversorgung ist eine öffentliche Aufgabe

DIE LINKE hält die Energiewende für notwendig, lehnt es aber ab, dass die privaten Haushalte die Kosten für eine verfehlte, ausschließlich an den Pro-

fitinteressen privater Großkonzerne ausgerichtete Energiepolitik bezahlen sollen. Für diese Kosten sollen die immensen Gewinne der bisher privaten Energiekonzerne herangezogen werden. Daher müssen diese Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführt werden. Die Energieversorgung muss wieder Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge werden.

Den ÖPNV im Kreis Rendsburg-Eckernförde sozial und ökologisch weiterentwickeln

Mobilität ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Gerade ältere Menschen, sozial Benachteiligte mit geringen Einkommen und Schüler sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Aber auch ökologische Herausforderungen wie der Klimawandel sind gute Argumente für die Stärkung des ÖPNV.

Die Städte Rendsburg und Büdelsdorf verfügen über ein teilweise gut ausgebautes Busliniennetz.

Tagsüber fahren diverse Busse im 20-Minuten-Takt im Stadtgebiet, jedoch nur stündlich in den Eiderpark und nach Osterrönfeld. In den Abendstunden steht es allerdings schlecht um den ÖPNV in Rendsburg.

Der letzte Bus fährt in der Woche um 20 Uhr, lediglich samstags fährt bis

23 Uhr stündlich ein Bus auf den meisten Linien. DIE LINKE fordert, dass der Busverkehr in Rendsburg und Büdelsdorf

auch in der Woche bis 23 Uhr aufrechterhalten wird.

Eine S-Bahn für Rendsburg?

Die Landesregierung hat angekündigt, dass der Bahnbetrieb zwischen dem Rendsburger Bahnhof und dem Stadtteil Seemühlen Nord ab 2014 wieder aufgenommen werden

soll; auch eine Verlängerung der Strecke bis Fockbek ist im Gespräch. Während



Hier könnte ab 2014 eine S-Bahn-Haltestelle entstehen

des diesjährigen »Rendsburger Herbst« wurde ein Testbetrieb eingerichtet, der von vielen Menschen genutzt wurde. Ende 2014 soll dann im Stundentakt ein Zug von Kiel mit sieben Haltepunkten an der Bahnstrecke nach Rendsburg, sowie vier Haltepunkten innerhalb von Rendsburg verkehren. Dabei könnte diese neue Verbindung ein Teil der für Kiel und Umland geplanten Stadtreionalbahn werden. DIE LINKE befürwortet ein solches Projekt. Durch ein ähnliches Projekt im Großraum Karlsruhe konnte das Fahrgastaufkommen im ÖPNV in den 90er Jahren verfünffacht werden.



In die ländlichen Kreisgebiete fahren zu wenige Busse

Sozialticket notwendig

Damit auch alle Menschen den ÖPNV nutzen können, muss dieser bezahlbar sein. Ein Monatsticket für den Rendsburger Stadtverkehr kostet derzeit mehr als 40 Euro. Einem Hartz-IV-Betroffenen werden im Regelsatz aber nur 15 Euro für Mobilität zugestanden. DIE LINKE fordert daher ein Sozialticket für den gesamten öffentlichen Nahverkehr in Schleswig-Holstein, das für Senioren, Arbeitslose, Schüler und Menschen mit geringen Einkommen erworben werden kann und nicht mehr als 15 Euro kostet.

ÖPNV rekommunalisieren

Zudem ist der ÖPNV ein zentraler Bestandteil der Daseinsversorgung und gehört daher in öffentliche Hand. Nur so kann sichergestellt werden, dass der ÖPNV tatsächlich den Bedürfnissen der Menschen dient und nicht den Profitinteressen privater Eigentümer. DIE LINKE fordert daher die Rekommunalisierung des ÖPNVs in Rendsburg und Büdelsdorf. Dieses schafft außerdem die Möglichkeit sicherzustellen, dass die Busfahrer zukünftig wieder nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden und nicht für Dumpinglöhne fahren müssen.

Probleme in den ländlichen Räumen

Probleme mit den ÖPNV bestehen weiterhin in den ländlichen Räumen des Kreises. Rendsburg-Eckernförde. Häufig fährt auf bestimmten Strecken nur zwei mal pro Tag ein Bus und am Wochenende gar keiner. DIE LINKE fordert daher den Ausbau des ÖPNVs in den ländlichen Räumen im Kreis. Sinnvoll wäre hier der Einsatz von kleinen Bussen oder Sammeltaxen. Auch könnten stillgelegte Bahnhöfe wieder belebt werden.

Veranstaltungskalender

Sa. 17.11.2012 ab 15 Uhr
Kreismitgliederversammlung
anschließend gemeinsames Kegeln

Sa. 24.11.2012 ab 14 Uhr
Demonstrationszug von der Kieler Innen-
stadt nach Gaarden zum Bahide-Arslan-
Platz anlässlich des 20. Jahrestag der
Mordanschläge in Mölln

Di. 27.11.2012 ab 19 Uhr
Treffen des Ortsverbandes Rendsburg und
Umgebung in der Kreisgeschäftsstelle



Impressum

Linksrum

Erscheint vierteljährig

V. i. S. d. P.:

Anissa Heinrichs und
Samuel Rothberger

Namentlich gekennzeichnete Artikel
spiegeln nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder

Herausgeber:

DIE LINKE.
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
Am Holstentor 2
24768 Rendsburg

Tel: (0 43 31) 3 38 76 04

Fax: (0 43 31) 3 38 76 05

E-Mail:

info@die-linke-rendsborg-eckernfoerde.de

Homepage:

www.die-linke-rendsborg-eckernfoerde.de

Bankverbindung:

Sparkasse Mittelholstein

Kontonummer: 3692969

BLZ: 214 500 00

Bitte gib bei allen Spenden jeweils Deinen
Namen, Vornamen und die Anschrift und
das Kennwort »Spende« an. Deine Daten
behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellt
der Landesverband gerne Spendenbeschei-
nungen aus.

